



NEWSLETTER FRANK JAHNKE

AKTIV. FÜR CHARLOTTENBURG

Goethe
fünfzehn **15**

Aktuelle Informationen von Frank Jahnke – Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin
Juli / August 2016

Aus dem Inhalt:

Liebe Leserinnen und Leser	1
<i>Sicherheit</i> Durchsetzungslücken schließen, Lösungen gemeinsam erarbeiten, soziale Sicherheit stärken	2
<i>Unternehmensbesuche</i> Das Abbey Road Institute in Charlottenburg	3
<i>Die Gastkolumne</i> Die Erhöhung des Mindestlohns steht an!	4
<i>Charlottenburger Spielplätze</i> Neugestaltete Spielplätze im Wahlkreis	5
<i>Europa</i> Europäische Kulturhauptstadt Breslau	6
<i>Mein Ausstellungstipp</i> »Sommerfrische – Berliner Künstler in Schwalenberg«	7
<i>Berlin</i> 25 Jahre Hauptstadtentscheidung	8
<i>Olivaer Platz</i> Beteiligen Sie sich an der Gestaltung des Olivaer Platzes!	9
<i>Stadtteiltag</i> Sommerfest mit Stadtentwicklungssenator Andreas Geisel in der Goethe 15	10
Terminvorschau	11
Stadtteiltag am 14. Juli.	11
Weitere Informationen...	11

V.i.S.d.P.: Mda Frank Jahnke, Bürgerbüro, Goethestr.
15, 10625 Berlin.

Liebe Leserinnen und Leser
meines Newsletters,

wie die meisten Deutschen hatte ich gehofft, der Kelch eines Austritts Großbritanniens aus der EU möge an uns vorüberziehen. Wenn auch schon im Vorfeld klar war, dass es eine enge Entscheidung werden würde, so bin ich doch ganz persönlich enttäuscht – auch deshalb, weil ich gerne in England bin, Land und Leute sehr schätze. Natürlich bleibt Großbritannien Teil Europas und auch im Falle eines »Brexit« ein wichtiger Partner.

Aber man sollte nicht aus den Augen verlieren, wie es zu dieser Entscheidung kam. David Cameron glaubte, rechtspopulistischen und EU-feindlichen Einstellungen dadurch entgegen wirken zu können, dass er eine Abstimmung über den Verbleib in der EU versprach. Jetzt ist das Land tief gespalten. In Schottland und Nordirland werden weitere Volksabstimmungen erwogen, da die Bürger hier mehrheitlich für den Verbleib in der EU gestimmt haben. Am Ende könnte es sogar zu einem Zerfall des Vereinigten Königreichs kommen.

Dass die Argumente der Brexit-Befürworter sich zum Teil als erfunden oder übertrieben herausstellen, engstirnige und fremdenfeindliche Ressentiments mit den Ausschlag gaben, verbittert zusätzlich, spielt aber für das Resultat keine Rolle.

Es kommt jetzt alles darauf an, den Brexit geordnet und rasch zu vollziehen, wie das SPD-Chef Sigmar Gabriel und der Präsident des Europäischen Parlaments Martin Schulz (SPD) in einem gemeinsamen Papier fordern. Sie nehmen den Austritt als Anlass, eine »Neugründung« der EU zu fordern. Eine Neuerfindung der EU, die die wirtschaftlichen und sozialen Vorteile für die EU-Bürger klar sichtbar macht, ist der richtige Weg – ein Europa der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer!

Ihr

Durchsetzungslücken schließen, Lösungen gemeinsam erarbeiten, soziale Sicherheit stärken

Im beginnenden Wahlkampf zu den Abgeordnetenhaus- und BVV-Wahlen am 18. September versucht die CDU, verstärkt das Thema »Sicherheit« zu spielen – obwohl gerade ihr Landesvorsitzender Frank Henkel als Innenminister keine besonders gute Figur macht. Zehn Jahre einer wirksamen, doch zugleich liberalen Innenpolitik unter dem SPD-Innenminister Ehrhart Körting von 2001 bis 2011 hat hier andere Maßstäbe gesetzt.

»Sicherheit« das heißt, dass man sich frei im öffentlichen Raum bewegen kann, dass die eigene Wohnung nur von denen betreten wird, die sie auch betreten sollen, dass man keine Angst vor Gewalt, Diebstahl, Raub haben muss. Sicherheit heißt aber auch, dass man für die Zukunft planen kann und dass man für den Fall von Arbeitslosigkeit oder Krankheit abgesichert ist. Sicherheit ist also ein weites Feld, das uns aber immer ganz unmittelbar betrifft. Wenn sich dagegen Unsicherheit und Angst verbreiten, dann vergiften sie die Kommunikation, Toleranz, Hilfsbereitschaft und Solidarität nehmen ab und werden durch Fremdenfeindlichkeit, Rücksichtslosigkeit und Hass ersetzt.

Weil Unsicherheitsgefühle durch Panikmache und durch die Medien, die starke Emotionen lieben, leicht verstärkt werden können, lassen sie sich politisch ausbeuten. Wer so etwas macht? Man höre einfach den diversen Vertretern der AfD zu. Keine Lüge, keine Behauptung erscheint ihnen zu dreist, solange sie nur ihren Zweck erfüllt. Nämlich den, Angst zu erzeugen und Vertrauen zu zerstören.

Die SPD dagegen nimmt sich des Themas Sicherheit an, weil uns eine demokratische und solidarische Gesellschaft vorschwebt, d.h. ein Mit- und Füreinander, in der niemand einfach zurückgelassen wird, nur weil ein paar Leuten Hautfarbe, Herkunft, Religion oder Geschlecht nicht passen. Die sozialdemokratische Sicherheitspolitik folgt daher nicht dem Prinzip der Panikmache, sondern dem der Rationalität. Es darf nicht darum gehen, Ängste zu schüren, um sie dann politisch auszubeuten, sondern es muss darum gehen, Unsicherheit abzubauen, Vertrauen und Solidarität zu schaffen. Um dies zu gewährleisten, hat die Berliner SPD dem

Thema Sicherheit in ihrem aktuellen Wahlprogramm breiten Raum gegeben.

Sie verfolgt dabei ein strukturelles Sicherheitskonzept, d. h. ein Konzept, das innere und soziale Sicherheit zusammen denkt. Für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger kann man schon sehr viel tun, wenn man relevante Akteure zusammen bringt und Vernetzungen anregt. Außerdem muss es darum gehen, Durchsetzungslücken zu schließen. Statt einfach »härtere Gesetze« zu fordern, die erstens schnell über das Ziel hinausschießen und zweitens auch wirkungslos bleiben, wenn das Personal fehlt, werden wir daher die Personaldecke und Ausstattung sicherheitsrelevanter Behörden wie Polizei, Ordnungsamt oder Feuerwehr verbessern. Kurz: Diebstahl und Wohnungseinbruch sind bereits verboten – es muss daher darum gehen, mehr vorzubeugen und besser aufzuklären.

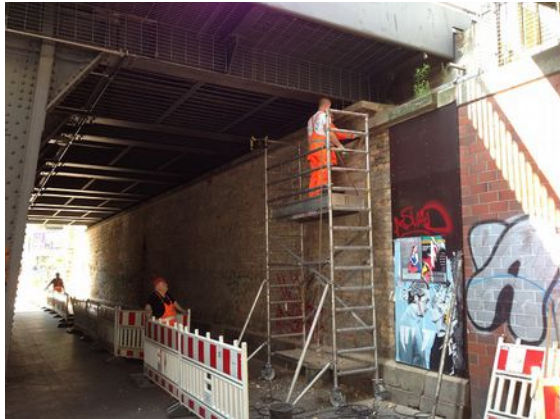


Begehung der Wilmersdorfer Straße zusammen mit dem Bezirksbürgermeister Reinhard Naumann und weiteren wichtigen Akteuren.
Foto: Ansgar Salzwedel

Wie so ein strukturelles Sicherheitskonzept ganz praktisch vor Ort funktionieren kann, zeigt mein kürzlich durchgeführter Stadtteiltag mit einer Begehung der Wilmersdorfer Straße. Gemeinsam mit der AG Wilmersdorfer Straße der Geschäftsleute, Bezirksbürgermeister Reinhard Naumann, dem Bevollmächtigten der Deutschen Bahn, Alexander Kaczmarek, Vertretern von Polizei, BSR und der Organisation Fixpunkt, die Drogenabhängigen am Bahnhof Charlottenburg hilft. Man sprach miteinander, lernte die anderen Perspektiven kennen, markierte Probleme und überlegte Lösungswege. Dafür ist kein neues Gesetz notwendig und kein theatralisches Wahlkampfgetöse, sondern praktische Politik vor Ort!

Schon wenige Tage nach dem Rundgang begann die Deutsche Bahn mit der Renovierung der Brücke über die Wilmersdorfer Straße. Dies zeigt, wie wirksam ein solcher Ansatz ist.

Mein Dank gilt dem Konzernbevollmächtigten der Bahn für Berlin, Alexander Kaczmarek, für die freundliche Unterstützung dieses Anliegens.



Wenige Tage nach unserem Rundgang mit der AG Wilmersdorfer Straße begann die Bahn mit der Renovierung der Brücke am Ende der Fußgängerzone.

Foto: Frank Jahnke

Ohnehin ist eine gute Sicherheitspolitik immer auch eine gute Sozialpolitik. Innere und soziale Sicherheit müssen zusammen gedacht werden. Das heißt, es muss noch mehr für die vielen Menschen getan werden, die sich mit befristeten Arbeitsverhältnissen, Werkverträgen, Mini-Jobs, Teilzeitbeschäftigung oder geringem Verdienst herumschlagen müssen. Studien des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Bildungsforschung zufolge muss man davon ausgehen, dass um die vierzig Prozent (!) der Erwerbstätigen sich mit prekären Beschäftigungsformen herumschlagen müssen. Es erscheint zunehmend zweifelhaft, ob die Instrumente des SGB II (»Hartz IV«) den Lebensperspektiven und Problemen vieler von prekärer Arbeit Betroffener noch angemessen sind.

Ein sehr gutes Beispiel für die notwendige Ergänzung der bestehenden Arbeitslosenunterstützung sind die in Berlin ansässigen »Job Points«. Hierbei handelt es sich um Arbeitsvermittlungen, die von der Senatorin für Arbeit, Frauen und Integration, Dilek Kolat (SPD), unterstützt werden.

Im Rahmen meines Besuchs beim »Job Point« in der Pestalozzistraße habe ich zusammen mit der Senatorin ausführlich über die Arbeit und die beeindruckende Vermittlungsquote der Berliner »Job Points« informieren können. Was mich dabei besonders beeindruckt hat, ist die Wertschätzung, die den Kunden entgegengebracht wird – kein Wunder, wenn man über so ein gutes Team verfügt! Das ist

ein wichtiger Punkt im Kampf gegen Arbeitslosigkeit. Allzu oft werden Arbeitssuchende stattdessen bloß diskriminiert.



Zusammen mit der Senatorin für Arbeit, Frauen und Integration, Dilek Kolat, informiere ich mich über das Konzept der Berliner »Job Points«.

Foto: Dierk Spreen

Unternehmensbesuche

Das Abbey Road Institute in Charlottenburg

Spätestens durch die Veröffentlichung der Beatles-LP »Abbey Road« im Herbst 1969 mit dem markanten Cover, das die Beatles auf dem Zebrastreifen vor ihrem Studio zeigt, wurde der Name »Abbey Road Studios« in aller Welt bekannt.

Doch zu diesem Zeitpunkt bestanden die Studios bereits vierzig Jahre, nachdem die »Grammophone Company Limited« das stattliche Palais in London im Jahre 1929 erworben und zu einem Tonstudio umgebaut hatte. Hier wurden Orchesteraufnahmen des berühmten britischen Komponisten Edward Elgar ebenso durchgeführt wie später Aufnahmen des legendären amerikanischen Bandleaders Glenn Miller. Diverse Hits der fünfziger Jahre kamen von hier. Seit Juni 1962 nahmen die Beatles fast sämtliche ihrer Platten in den Abbey Road Studios auf, und es folgten weitere Pop-Legenden wie Pink Floyd, Alan Parson bis hin zu Robbie Williams.

Seit 2015 gibt es zusätzlich zur eigentlichen Studio-Arbeit auch das Abbey Road Institute, wo angehende Toningenieure eine professionelle Ausbildung erhalten. Das Abbey Road Institute London hat inzwischen Ableger in

Paris, Amsterdam, Melbourne und Frankfurt. In Berlin startete es im Herbst 2015 am Salzufer 15 in Charlottenburg den ersten Kurs über »Music Production and Sound Engineering«.

Barbara Skoda, eine aus Wien stammende Toningenieurin, ist zuständig für das Management der deutschen Standorte. Sie gab uns beim Unternehmensbesuch anlässlich meines letzten Stadtteiltages Einblick in die Welt der Musikproduktion.



Zusammen mit Deutschland-Chefin Barbara Skoda am Hauptproduktionsmittel im Abbey Road Institute, dem Mischpult.

Foto: Ansgar Salzwedel

Das Institut befindet sich in einer ehemaligen Seifenfabrik. Es ist somit auch ein Musterbeispiel für das Thema »Industriekultur«, wo einstige Industriebauten in neue Nutzungen kommen. Der Umbau der einstigen Fabrik musste den Ansprüchen an die perfekte Akustik in den Aufnahmestudios gerecht werden, was eine komplette Sanierung von Wänden und Böden der Immobilie verlangte. Ein Konsortium aus Privatinvestoren und Universal Music hat die Investition von 1,2 Mio Euro dafür ermöglicht und das Institut als Franchise-Nehmer verpflichtet.

Die einjährige Ausbildung im Abbey Road Institute ist eng mit der Praxis verzahnt. Das Curriculum umfasst technische, musikalische und rechtliche Aspekte der Musikproduktion. Das private Institut greift dabei natürlich auf die mehr als 80jährige Erfahrung der Abbey Road Studios zurück.

Die Anbindung an dieses bedeutsame Studio bringt nun preisgekrönte Techniker, wie zum Beispiel Peter Cobin (Beatles Anthology) und Steve Lillywhite (U2, Rolling Stones, Peter Gabriel) nach Berlin, wo sie ihr Wissen an angehende Musikproduzenten weitergeben. Studierende müssen daher nicht nur musikalisch vorgebildet, sondern natürlich auch des Englischen mächtig sein.

Die Gastkolumne



von
Wolfgang
Baumgartner

Die Erhöhung des Mindestlohns steht an!

Die Polemik der Arbeitgeber gegen den Mindestlohn hört nicht auf. Gerade jetzt, wo die Mindestlohnkommission bis Ende des Monats über die Erhöhung ab Januar 2017 entscheiden muss, sehen Deutschlands Arbeitgeber keinen Spielraum für Verhandlungen mit den Gewerkschaften über die anstehende Erhöhung des Mindestlohns. Die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD Fraktion Katja Mast erwartet eine angemessene Erhöhung, die den Wert der Arbeit steigere. Die Arbeitgeber lehnen insbesondere die Forderungen der Gewerkschaften ab, auch die Tarifabschlüsse für die Metall und Elektroindustrie sowie für den öffentlichen Dienst zu berücksichtigen. Die Arbeitgeber bekommen nunmehr Schützenhilfe unter anderem von den EU-Staaten Tschechien, Bulgarien, Ungarn, Polen sowie den baltischen Staaten, indem diese Länder Beschwerde bei der EU Kommission dahingehend eingereicht haben, dass der deutsche Mindestlohn einen enormen Verwaltungsaufwand für die Transportbranche verursache. Das Ziel ist also für die Beschwerdeführer, dass ihre LKW-Fahrer in Deutschland weiterhin Hungerlöhne erhalten sollen.

Hierzu passt auch die Forderung des sächsischen Ministerpräsidenten Tillich (CDU), der die Umkehr der Beweislast für Arbeitgeber fordert, in dem die Arbeitgeber von der Dokumentationspflicht befreit werden sollen. Das Institut für Arbeit und Qualifikation der Universität in Duisburg hat in einer Studie für die Mindestlohnkommission festgestellt, dass der Mindestlohn in Deutschland zu einer Lohnerhöhung im unteren Einkommensbereich geführt hat. Es ist nicht zu den befürchteten Beschäftigungseinbrüchen gekommen, stattdessen wachse die Zahl der Arbeitsplätze, vor allem bei den sozialversicherungspflichtigen Stellen.

Eine Erhöhung des Mindestlohns ist in der derzeitigen stabilen Wirtschaftslage ein Gebot der Stunde, um auch untere Einkommensgruppen am Wachstum zu beteiligen – gerade in Branchen, in denen prekäre Arbeitsverhältnisse noch viel zu oft die Regel sind. Die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten fordert zu Recht, den Mindestlohn über neun in Richtung zehn Euro anzuheben.

Charlottenburger Spielplätze

Neugestaltete Spielplätze im Wahlkreis

In der Knesebeckstraße und der Bleibtrestraße werden derzeit ein Spielplatz sowie ein Pausenhof der Joan-Miró-Schule neu gestaltet. Über 800.000 Euro aus dem Bundes-Länder-Programm »Aktive Zentren« werden hierbei eingesetzt.

Das Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf führt in den Jahren 2016/17 gemeinsam mit dem Landschaftsarchitekturbüro »Plancontext« die Umgestaltung der in die Jahre gekommenen Spielplätze nach neuesten Erkenntnissen und unter Einbeziehung aller Beteiligten durch. So flossen in die Planung nicht nur die Vorstellungen der Fachbehörden ein, sondern auch Ideen und Anregungen der Kinder sowie aus der Nachbarschaft.



Der Spielplatz an der Knesebeckstraße in der bisherigen Gestaltung
Foto: Frank Jahnke

Ziel ist es auch, eine breite Teilhabe auch von Menschen mit Behinderungen zu erreichen. Bei der Materialauswahl setzen die Landschaftsarchitekten insbesondere auf die Verwendung von Holz. Die Spielflächen und Spielgeräte orientieren sich Formen und Far-

ben an den Bildern des spanischen Malers Joan Miró, des Namensgebers der Schule.



SPD-Baustadtrat Marc Schulte (rechts im Bild) erläutert das Konzept zur Neugestaltung.
Foto: Frank Jahnke

Für eine Kletterwand steuerte der Förderverein der Schule immerhin zusätzlich 10.000 € bei, die bei einem Spendenlauf gesammelt wurden. Der Robin-Hood-Spielplatz in der Knesebeckstr. 78/79 wird nach der Umgestaltung seinem Namen als Abenteuerspielplatz erst recht alle Ehre machen. Bei einem Picknick mit Eltern und ihren Kindern erklärte Baustadtrat Marc Schulte (SPD) das innovative Konzept und den breit angelegten Beteiligungsprozess. Einzelne Bestandteile der neuen Spielgeräte konnten auch schon bewundert werden und wurden von ihrem Gestalter Christian Loderer erläutert. Man darf gespannt sein, wenn im kommenden Jahr die Umgestaltung der Spielplätze beendet sein wird. Die City West profiliert sich hiermit einmal mehr als ein Stadtquartier, das auf Familien und Verjüngung setzt.



Europäische Kulturhauptstadt Breslau

Die polnische Stadt Wroclaw an der Oder, in der noch viel von der Geschichte der früheren deutschen Stadt Breslau erlebbar ist, und auch die vorangehenden Jahrhunderte unter österreichischer bzw. böhmischer Herrschaft ihre Spuren hinterlassen haben, ist mit Berlin in vielfältiger Weise verbunden.

Vor 25 Jahren wurde der deutsch-polnische Nachbarschaftsvertrag geschlossen. Aus diesem Anlass kam Breslaus Stadtpräsident Rafael Dutkiewicz im Juni ins Abgeordnetenhaus und schenkte Berlin ein Konzert des renommierten polnischen Pianisten Janusz Olejniczak, der Klavierwerke von Frédéric Chopin im Festsaal meisterhaft zum Besten gab.



Breslaus Stadtpräsident Rafael Dutkiewicz bei seiner Rede im Festsaal des Abgeordnetenhaus von Berlin.

Foto: Frank Jahnke

Nur zehn Tage später fuhr eine Delegation aus dem Kulturausschuss des Berliner Abgeordnetenhaus unter meiner Leitung nach Breslau. Die Oderstadt ist Europäische Kulturhauptstadt 2016, und wir führten Gespräche mit den dortigen Akteuren. Breslau ist die erste polnische Stadt, die den Titel »Europäische Kulturhauptstadt« trägt, der in der heutigen Form seit 1985 vergeben wird. Es geht hierbei gerade nicht darum, die kulturellen Highlights der jeweiligen nationalen Hauptstädte herauszustellen, es geht vielmehr darum, anhand ausgewählter Städte, die sich um diesen Titel bewerben, den interkulturellen Dialog innerhalb Europas zu verstärken. Breslau möchte mit seiner ungewöhnlichen Geschichte und einer in den vergangenen 70 Jahren neu entwickelten Identität in allen Bereichen der visuellen

Künste, der Musik, der Literatur und vor allem auch der Architektur seinen Beitrag zu diesem Dialog leisten. Von der habsburgisch geprägten Universität, über das beeindruckende Gelände der Jahrhunderthalle und die benachbarten Bauten der Werkbundausststellung mit Werken von Poelzig und Scharoun, bis hin zur Gegenwartsarchitektur hat Breslau alles zu bieten.



Delegation des Berliner Kulturausschusses vor dem Universitätsgebäude in Breslau.

Foto: Christiane Botschen

Einen Wermutstropfen gibt es allerdings auch – die Verkehrsverbindungen zwischen Berlin und Breslau! Fährt in diesem Jahr 2016 anlässlich der Kulturhauptstadt zwar an den Wochenenden ein »Kulturzug« zwischen beiden Städten, so wurde der reguläre Direktverkehr zwischen Berlin und Breslau jedoch im Dezember 2014 eingestellt. Die Berliner SPD wird am 16. Juli daher mit einem Sonderzug nach Breslau fahren. Wir wollen damit unsere Forderung unterstreichen, zwischen Berlin und Breslau wieder eine regelmäßige Schienenverkehrsverbindung einzurichten und durch schrittweisen Streckenausbau auch zu Reisezeiten zu kommen, die vor dem 2. Weltkrieg schon einmal unter drei Stunden für die 350 Kilometer lange Strecke lagen!



Die Jahrhunderthalle in Breslau aus dem Jahr 1913.

Foto: Frank Jahnke

»Sommerfrische – Berliner Künstler in Schwalenberg«

An dieser Stelle empfehle ich unter den zahlreichen Ausstellungen, die in Berlin laufen, regelmäßig solche, die mir als besonders lohnend erscheinen. Nur selten handelt es sich hierbei jedoch um eine Ausstellung, an deren Zustandekommen ich sogar selbst beteiligt war, wie in diesem Falle.

Die Künstlerkolonie Schwalenberg ist mir bereits seit vielen Jahren ein Begriff, und ich habe auch wissenschaftlich hierzu gearbeitet. Im Südosten des ehemaligen Fürstentums Lippe (heute Nordrhein-Westfalen) gelegen, stellt die alte Ackerbürgerstadt Schwalenberg eine landschaftliche wie kulturelle Besonderheit dar. Eingebettet in die sanft geschwungene Hügellandschaft des Weserberglandes, umgeben von Wiesen und herrlichen Wäldern, liegt die alte Ackerbürgerstadt wie auf einer Terrasse um den Burgberg angeordnet. Atmosphärische und meteorologische Spezifika weisen Schwalenberg zusätzlich als einen für die Freilichtmalerei geeigneten Standort aus.



Mit den Berliner Künstlerinnen SOOKI und Helga Ntephe sowie Frank-Walter Steinmeier anlässlich der Ausstellungseröffnung 2013 in Schwalenberg.

Foto: Gert Klaus

Bereits im ausgehenden 19. Jahrhundert gab es verschiedene Künstler – vorwiegend aus der Düsseldorfer Schule –, die regelmäßig in Lippe wirkten und auch Schwalenberg gelegentlich Besuche abstatteten. Die eigentliche Entwicklung zur Malerkolonie setzte aber erst mit der aufkommenden Sommerfrische-Bewegung im frühen 20. Jahrhundert ein und ist auf das engste verbunden mit Künstlerinnen und Künstlern aus Berlin. Im Unterschied zu anderen Malerkolonien kam es in Schwalenberg nicht zu einer festen Ansiedlung der Künstler, sondern sie weilten als Feriengäste vor Ort – eben zur Sommerfrische, wie es damals hieß. Daher kommt den Gasthäusern eine so große Bedeutung für die Entwicklung der Malerstadt zu, allen voran der Künstlerklausen.

wegung im frühen 20. Jahrhundert ein und ist auf das engste verbunden mit Künstlerinnen und Künstlern aus Berlin. Im Unterschied zu anderen Malerkolonien kam es in Schwalenberg nicht zu einer festen Ansiedlung der Künstler, sondern sie weilten als Feriengäste vor Ort – eben zur Sommerfrische, wie es damals hieß. Daher kommt den Gasthäusern eine so große Bedeutung für die Entwicklung der Malerstadt zu, allen voran der Künstlerklausen.



Ausstellungseröffnung im Juni 2016 in der Spandauer Zitadelle mit Dr. Mayari Granados (Lippische Kulturagentur), Jörg Bierwirth (Bürgermeister von Schieder-Schwalenberg), Frank Jahnke und Andrea Theissen (Leiterin der Zitadelle Spandau).

Foto: Rainer Lampe

Es waren die Berliner Akademiestudenten Hans Bruch und Berthold Ehrenwerth, die in Begleitung des schon arrivierten Landschafts- und Genremalers, des Bracht-Schülers Albert Kiekebusch zu einem Studienaufenthalt im Sommer 1906 in Bad Pyrmont weilten und bei einer Wanderung auch nach Schwalenberg gelangten. Insbesondere Hans Bruch, zweitgeborener Sohn des bekannten Komponisten Max Bruch aus Berlin-Friedenau, gefiel es hier so gut, dass er in den folgenden Jahren bis zu seinem frühen Tod 1913 Sommer für Sommer nach Schwalenberg kam, um hier zu arbeiten, wodurch er auch weitere Berliner Kollegen nachzog.

Besonders wichtig für die Entwicklung der Malerkolonie Schwalenberg wurde der Berliner Landschaftsmaler Hans Licht (ebenfalls Schüler von Eugen Bracht), der in Charlottenburg eine eigene Malschule betrieb und ab 1920 jeden Sommer in Begleitung von etwa vierzig Schülerinnen und Schülern in Schwalenberg anreiste und im Umfeld der Künstlerklausen seinen Lehrbetrieb etablierte. Weitere Berliner Künstler wie Magnus Zeller, Moritz Pathé sowie Robert Kämmerer d.Ä. und sein Sohn Robert Kämmerer-Rohrig setzten hier ebenfalls künstlerische Akzente.

Dies war für den Verein Berliner Künstler gemeinsam mit der Stadt Schieder-Schwalenberg und dem Landesverband Lippe Anlass genug, im Sommer 2013 die Doppelausstellung »Sommerfrische« – über die historische Schwalenberger Malerkolonie – und »Sommerfrische_reloaded« über zeitgenössische Berliner Künstlerinnen und Künstler wie beispielsweise Matthias Koeppel, SOOKI oder Helga Ntephe, die heute in Schwalenberg wirken, zu zeigen. Im August 2013 durch Frank-Walter Steinmeier in Schwalenberg eröffnet, fand die Ausstellung ein reges Interesse aus nah und fern.



Der Berliner Maler Matthias Koeppel vor einem seiner lippischen Motive.
Foto: Frank Jahnke

Der enge Bezug zur aufstrebenden Kunstmetropole Berlin im beginnenden 20. Jahrhundert wie auch zum gegenwärtigen Berliner Kunstschaffen legte es nahe, die Ausstellung auch in Berlin zu zeigen, und ich freue mich, dass sie nun in diesem Sommer – sogar durch weitere wichtige Bilder Magnus Zellers und neuere Werke der gegenwärtigen Künstler ergänzt – in der Spandauer Zitadelle zu sehen ist. Anders als 2013 in Schwalenberg werden die Bilder aus dem frühen 20. Jahrhundert und die zeitgenössischen Werke jedoch nicht an getrennten Orten gezeigt, sondern in der »Bastion Kronprinz« der Zitadelle einander direkt gegenüber gestellt. Dies schafft ein reizvolles Spannungsfeld zwischen der Kunst zweier Jahrhunderte, verdeutlicht nebenbei aber auch den titelgebenden Aspekt der »Sommerfrische« – damals wie heute.



Literatur
Frank Jahnke: *Die Künstlerklause in Schwalenberg. Zur Geschichte der Schwalenberger Malerkolonie.* Berlin 1998: verbum.

Internet:
www.malerkolonie-schwalenberg.de

Zitadelle Spandau, täglich 10-17 Uhr (bis zum 25.09.2016), Am Juliusturm 64, 13599 Berlin.

Berlin

25 Jahre Hauptstadtentscheidung für Berlin

Am 20. Juni 1991 fiel im Deutschen Bundestag – seinerzeit noch im alten Wasserwerk in Bonn – eine für Berlin wegweisende Entscheidung.

Obwohl über vierzig Jahre deutscher Zwei-staatlichkeit von westlicher Seite stets der Anspruch auf Berlin als Hauptstadt eines wiedervereinigten Landes hervorgehoben worden war, fand in den Jahren 1990/91, als die deutsche Einheit überraschend Wirklichkeit wurde, eine bizarre Debatte westdeutscher Besitzstandswahrung statt. Bonner Beamte im Zusammenspiel mit den in Bonn ansässigen Hauptstadtreaktionen der großen Medien, unterstützt durch Regionalinteressen in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz hatten es vermocht, eine Hauptstadtdebatte zu entfachen, die ernsthaft die Frage aufwarf, ob denn die laut Einigungsvertrag festgelegte Hauptstadt Berlin auch Sitz von Parlament und Regierung sein müsse. Für Berlin und den Osten Deutschlands bestand 1991 die reale Gefahr, mit einer rein nominellen »Hauptstadt auf dem Papier« abgespeist zu werden, während das politische Entscheidungszentrum in Bonn bliebe, wie seit 40 Jahren im westdeutschen Teilstaat. Unmittelbar im Vorfeld der Entscheidung vom 20. Juni 1991 schien der Plan westdeutscher Besitzstandswahrung aufzugehen – eine klare Mehrheit unter den Bundestagsabgeordneten hätten sich laut informellen Befragungen durch die Medien bereits auf Bonn als Parlaments- und Regierungssitz festgelegt, hieß es. Umso größer war am Abend des 20. Juni die Erleichterung auf Berliner Seite, als Rita Süßmuth das Ergebnis von 337 : 320 für den Berlin-Antrag verkündete (später auf 338 : 320 korrigiert). Es folgten zwar noch Jahre des Hinhaltens und der Versuche, die Entscheidung zu unterlaufen, doch im Jahr 1999 zog der Bundestag tatsächlich nach Berlin, gefolgt von den wesentlichen Teilen der Bundesregierung.

In der letzten Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses vor der Sommerpause nutzte nun der Regierende Bürgermeister Michael Müller die Gelegenheit, die historische Entscheidung vor 25 Jahren mit einer Regierungserklärung zu würdigen. Er zeichnete den historischen Entscheidungsprozess kurz nach, schlug dann aber den Bogen zur Gegenwart und den bleibenden Folgerungen für die Rolle Berlins als Hauptstadt. Die Hoffnungen der frühen neunziger Jahre, Berlin würde nun auch wieder schnell zum wirtschaftlichen Zentrum des Landes, die großen Konzerne würden hier ihren Hauptsitz nehmen und die Stadt würde zur Fünfmillionen-Metropole werden, hatten sich als Illusionen erwiesen, resümierte Michael Müller, jedoch sei Berlin inzwischen in der Tat auf einem stabilen Wachstumskurs.



Michael Müller während seiner Regierungserklärung am 23. Juni im Abgeordnetenhaus
Foto: Frank Jahnke

Müller räumte Fehler auf dem Weg hierzu ein – eine verfehlte Privatisierungspolitik und eine zu restriktive Personalplanung in der Folge der Zusammenführung zweier Verwaltungen. Doch die wachsende Stadt, so der Regierende Bürgermeister, erfordere Investitionen, auch in eine qualifizierte Verwaltung. Er zitierte den DIW-Präsidenten Fratzscher, der Berlin »goldene Jahrzehnte« prophezeit hatte, und er bekräftigte, hierfür die Voraussetzungen zu schaffen. Zugleich hob Müller aber auch die politische Grundvoraussetzung für Berlins Rolle in der Welt und als Hauptstadt Deutschlands hervor: Berlin ist ein Freiheitssymbol, in der Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit keinen Platz haben!



Olivaer Platz

Beteiligen Sie sich an der Gestaltung des Olivaer Platzes!

Die Neugestaltung des Olivaer Platzes, für die sich die SPD acht Jahre eingesetzt hat, geht in eine wichtige Phase. Um die verschiedenen Interessen der Anwohner und Betroffenen einzubinden wurde ein runder Tisch initiiert und in mühevoller Arbeit, aber gemeinsam, ein Kompromiss erarbeitet.

Dieser Kompromiss sieht vor, die Hälfte der Stellplätze für PKWs zu erhalten, ansonsten aber mehr Spielfläche, mehr Bäume und Grünflächen zu bieten. Ein Café mit vorgelagertem Platz und Springbrunnen, eine schöne Promenade und Sitzbereiche sollen zum Verweilen einladen und im verdichteten Stadtraum ein wenig Ruhe bieten. Alle Fraktionen sowie die IHK und die AG City haben diesem Plan zugestimmt.



Stadtentwicklungsplaner Andreas Geisel diskutiert mit Bürgerinnen und Bürgern auf dem Olivaer Platz die Umgestaltungspläne.
Foto: Frank Jahnke

Leider gibt es seit einiger Zeit eine Gegeninitiative, die sich einer Neugestaltung kategorisch verweigert, und rücksichtslos gegen das Gemeinwohl für den Erhalt der preiswerten öffentlichen Parkplätze kämpft, die sie für sich selbst nutzen wollen. Diese Initiative ist gegen Spielflächen, barrierefreie Durchgangswegen, Erweiterung der Grünflächen und Aufenthaltszonen. Seit Jahren verbreitet sie Falschmeldungen und Lügen in der Absicht, die Bürgerinnen und Bürger zu manipulieren, sie zu einem negativen Urteil zu bringen und das Vertrauen in Politik und Verwaltung zu zerstören. Nun liegt der erforderliche Bebauungsplan im Bezirksamt aus. Alle Bürgerinnen und Bürger

können hierzu eine Stellungnahme abgeben. Das Bezirksamt wertet diese Stellungnahmen dann aus und legt der BVV den Plan zur Beschlussfassung vor.

Ich möchte Ihnen nahelegen, sich an diesem Verfahren zu beteiligen. Mitwirkung und Bürgerbeteiligung sind wichtig und werden leider von den meisten viel zu selten wahrgenommen.

Wenn Ihnen an einer lebensweltlichen Aufwertung des Olivaer Platzes gelegen ist, geben Sie Ihre Meinung gegenüber dem Bezirksamt zu Protokoll. Deshalb bitte ich Sie: Bringen Sie sich mit einer positiven Stellungnahme in die Gestaltung des städtischen Raums ein.

Bis zum 14. Juli haben alle Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit sich zu äußern. Hierzu entweder online über das Beteiligungsformular des Bezirksamtes unter:

www.bebauungsplan.charlottenburg-wilmersdorf.de

Dort gehen Sie zum B-Plan 4-42 Olivaer Platz. Klassisch können Sie auch per Post Stellung nehmen. Die Adresse lautet:

Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf
Stadtplanung
Hohenzollerndamm 174-177
10713 Berlin

Bitte geben Sie in dem Schreiben den Betreff »N-Plan 4-42 Olivaer Platz« an.

Die individuellen Stellungnahmen können kurz sein. Es muss nur deutlich werden, dass Sie diesen Bebauungsplan und den am Gemeinwohl orientierten Umbau unterstützen.

Die Gründe, warum die SPD Charlottenburg-Wilmersdorf für den Umbau eintritt, sind:

- Sicherheit durch transparente Gestaltung,
- dringend benötigte zeitgemäße Kinderspielflächen,
- Verringerung der Bodenversiegelung,
- barrierefreie Nutzung,
- mehr Grünflächen,
- Erhöhung des Baumbestandes,
- einen für alle nutzbaren Platz.

Leider erleben wir es immer häufiger, dass sich bei Bürgerbeteiligungen nur die zu Wort melden, die dagegen sind. Deshalb ist es erforderlich, auch positiven Zuspruch zu äußern. Dafür bitte ich Sie um Ihre Unterstützung.

Sommerfest mit Stadtentwicklungssenator Andreas Geisel in der Goethe 15

Mein nächster Stadtteiltag am 14. Juli wird mit einem Sommerfest im Wahlkreisbüro in der Goethestraße 15 abgeschlossen. Als Gast erwarte ich den Senator für Stadtentwicklung und Umwelt Andreas Geisel.

Der 14. Juli ist der französische Nationalfeiertag und erinnert an den Sturm auf die Bastille 1789. Wir wollen dies mitfeiern, weil die deutsch-französische Freundschaft einer der Grundpfeiler der Europäischen Union und der einmaligen und keineswegs selbstverständlichen friedlichen Wohlstandsentwicklung der europäischen Nationen nach dem letzten großen Krieg ist. Nach dem »Brexit« erscheint es mir außerdem wichtiger denn je, daran zu erinnern. Schon am Mittag besuche ich mit Bezirksbürgermeister Reinhard Naumann das »Maison de France« am Kurfürstendamm. Was liegt näher, als am Abend die Französischen Nationalfeiertag einfach mitzufeiern?



Auch Andreas Geisel freut sich auf das Sommerfest in der Goethe15 am 14. Juli.

Foto: Philipp Mühlberg

Andreas Geisel hat seine Teilnahme zugesagt und wird selbstverständlich gerne auch für das ein oder andere Gespräch über Wohnungspolitik und Stadtentwicklung zur Verfügung stehen.

Mein Team aus der Goethestraße und ich freuen sich auf Ihr zahlreiches Erscheinen!

Terminvorschau

07. Juli 18-19 Uhr,
Bürgersprechstunde
Frank Jahnke, MDA,
in der *Goethe15*.
12. Juli 18:30-22 Uhr,
Westender Terrassenfest
in den Stadionterrassen
am Olympiastadion.

Stadtteiltag mit Frank Jahnke, MDA, am 14. Juli.

- 9-10 Uhr Mobile Bürgersprechstunde mit Infostand am U-Bhf. Bismarckstraße (vor »Rossmann«),
- 10.15-11.45 Uhr Besuch der Ruth-Cohn-Schule, Oberstufenzentrum Sozialwesen Berlin, Partnerschule von Yad Vashem, Bismarckstr. 20, 10625 Berlin (nicht öffentlich),
- 12.00-13.30 Uhr Besuch des »Maison de France« zum französischen Nationalfeiertag. Mit Bezirksbürgermeister Reinhard Naumann (Vorsitzender des Freundeskreises des Maison de France), Kurfürstendamm 211, 10719 Berlin (öffentlich mit Anmeldung unter Tel. 313 88 82 oder E-Mail: wahlkreis@frank-jahnke.de),
- 14.00 – 15.30 Uhr Besuch des für die City-West zuständigen Polizeiabschnitts 24, Kaiserdamm 1 (nicht öffentlich),
- ab 17 Uhr Sommerfest in der Goethe15 mit Stadtentwicklungssenator Andreas Geisel, Goethestraße 15, 10625 Berlin (öffentlich).

16. Juli Schnellfahrt des Sonderzuges »Ferdinand Lassalle Express« der SPD Berlin nach Breslau zum 25. Jahrestag des Deutsch-Polnischen Staatsvertrages, der zehnjährigen Oder-Partnerschaft und dem 170-jährigen Bestehen der Eisenbahn Berlin-Breslau.
29. Juli 16-17 Uhr,
Bürgersprechstunde
Frank Jahnke, MDA,
in der *Goethe15*.
13. August 15-20 Uhr,
Familien-Sommerfest der Berliner SPD im James Simon-Park, 10178 Berlin.
25. August 16-17 Uhr,
Bürgersprechstunde
Frank Jahnke, MDA,
in der *Goethe15*.

Weitere Informationen...

- zu meiner Tätigkeit finden sich auf meiner Homepage: www.frank-jahnke.de
- zur Arbeit der Abgeordnetenhausfraktion auf: www.spdfraktion-berlin.de

Jederzeit stehe ich nach Terminvereinbarung gerne für ein Gespräch zur Verfügung:

- Tel.: 030.3138882
- Email: wahlkreisbuero@frank-jahnke.de

Mein Bürgerbüro Goethe15 (Goethestraße 15, 10625 Berlin) ist von montags bis freitags 13-17 Uhr geöffnet.

Spenden für Flüchtlinge können auch im Bürgerbüro Frank Jahnke in der Goethestraße 15 abgegeben werden.

**Goethe
fünfzehn 15**